



Betreff:

öffentlich

Vertretung der Landeshauptstadt Potsdam bei der Konferenz der "Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus"

Erstellungsdatum 19.04.2007

Eingang 902: _____

Einreicher: Oberbürgermeister

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.05.2007	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Frau Birgit Müller vertritt mit Stimmrecht die Landeshauptstadt auf der Konferenz der „Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus“ vom 10. bis 12. Mai 2007 in Nürnberg.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Reise – und Übernachtungskosten

HH-Stelle: 00200.65410

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Begründung:

Die Landeshauptstadt Potsdam ist mit Beschluss am 5.4. 2006 der Europäischen Städtekoalition gegen den Rassismus beigetreten. Frau Müller und der Oberbürgermeister haben eine persönliche Einladung zur Tagung vom 10.-12. Mai erhalten.

Der Oberbürgermeister kann an der Konferenz selbst nicht teilnehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung hat mit diesem und vielen anderen Beschlüssen zum Thema deutlich gemacht, dass sie ein hohes Interesse an dem Anliegen und den Zielen dieser Koalition hat und sich aktiv einbringen will.

Um auf der Konferenz die Bedeutung des Themas für die LHP zu unterstreichen schlägt der Oberbürgermeister vor, Frau Birgit Müller das Stimmrecht zur Vertretung der Landeshauptstadt während der Konferenz zu übertragen.